

Stern, Volker

Research Report

Zum Steuerzahlergedenktag 2011 und 2012

KBI kompakt, No. 10

Provided in Cooperation with:

DSi - Deutsches Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler e.V., Berlin

Suggested Citation: Stern, Volker (2012) : Zum Steuerzahlergedenktag 2011 und 2012, KBI kompakt, No. 10, Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler (KBI), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/60461>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KBI kompakt

Zum Steuerzahlergedenktag 2011 und 2012

von Volker Stern

Mit dem Steuerzahlergedenktag wird alljährlich die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland eindrucksvoll veranschaulicht. Bis zu diesem Tag arbeiten Bürger und Unternehmen rechnerisch für den Staat, ab diesem Tag für das eigene Portmonee.

Vorbemerkung zur „großen Revision“ der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Der Steuerzahlergedenktag basiert auf der Volkswirtschaftlichen Einkommensbelastungsquote, bei der – vereinfacht – das Aufkommen aus Steuern und aus Zwangsbeiträgen zur Sozialversicherung ins Verhältnis zum Volkseinkommen gesetzt wird. Erfasst und ausgewiesen werden die zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Werte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes. Im Jahr 2011 ist dort eine sogenannte „große Revision“ vorgenommen worden, die erhebliche Auswirkungen auf das Niveau der Volkswirtschaftlichen Einkommensbelastungsquote hat.

Ursächlich dafür ist insbesondere eine methodische Änderung beim Ausweis des Steueraufkommens. So wird nunmehr der Teil des Kindergeldes, der rechnerisch zur steuerlichen Freistellung des (Kindes)Existenzminimums dient, vom tatsächlichen Aufkommen aus Lohn- und Einkommensteuer abgezogen. Dadurch wird das Steueraufkommen um rund 18 Mrd. Euro niedriger ausgewiesen, als dies nach der bisherigen Praxis der Fall war. Erstaunlich ist, dass diese methodische Änderung 2011 erfolgt ist, obwohl die derzeitige Form des Familienleistungsausgleichs als Kombination aus Kindergeld und Kinderfreibetrag bereits 1996 eingeführt wurde. Bis zur Revision 2011 ist die bisherige Verbuchungspraxis von Kindergeld und Steuern offenbar als sachgerecht angesehen und daher in den zwischenzeitlichen „großen Revisionen“ in den Jahren 1999 und 2001 nicht revidiert worden. Weitere kleinere Änderungen im Rahmen der Revision 2011 führen dazu, dass das Steueraufkommen zusätzlich um etwa 2 Mrd. Euro und damit insgesamt um rund 20 Mrd. Euro (2010) gemindert wird. Allein durch diese methodischen Änderungen bei den Steuern ermäßigt sich das Niveau der Volkswirtschaftlichen Einkommensbelastungsquote um etwa einen Prozentpunkt, ohne dass die Belastung der Steuerzahler tatsächlich gemindert worden wäre.

Hinzu kommt, dass das Volkseinkommen ab 1991 infolge der Revision 2011 für die meisten Jahre nunmehr deutlich höher ausgewiesen wird. Mit fast 40 Mrd. Euro ist die revisionsbedingte Erhöhung für das Jahr 2007 absolut am höchsten, während die prozentuale Zunahme mit einem Plus von 2,3% für die Jahre 1992 und 1993 am deutlichsten war. Da das Volkseinkommen bei der Ermittlung der Einkommensbelastungsquote „unter dem Bruchstrich“ steht, führt dessen Erhöhung ebenfalls zu einer Minderung der Quote. Per Saldo ergeben sich im Zeitraum 1991 bis 2010 für die Volkswirtschaftliche Einkommensbelastungsquote revisions-

bedingt meist um eineinhalb bis zwei Prozentpunkte niedrigere Werte als bisher. Von den beiden „Teilquoten“ ermäßigt sich dabei die Steuerlastquote besonders deutlich (um bis zu 1,6 Prozentpunkte), während sich die Soziallastquote nur geringfügig vermindert.

Zum Ist-Ergebnis 2011

2011 fiel der Steuerzahlergedenktag auf Grundlage der im Juni 2011 ermittelten Prognoserechnung auf den 6. Juli. Dem lag eine (vor der Revision prognostizierte) Volkswirtschaftliche Einkommensbelastungsquote von 51,0 % zugrunde. Die tatsächliche Höhe dieser Quote beläuft sich nach den nunmehr vorliegenden Ist-Werten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf 51,1%, wobei hier die revisionsbedingten Änderungen aber bereits berücksichtigt sind¹. Ohne Revision läge die Einkommensbelastungsquote 2011 bei 52,1%. Damit war die Zunahme der Quote gegenüber 2010 deutlich höher als zunächst erwartet. Sie stieg nämlich um 1,3 Prozentpunkte statt der prognostizierten Zunahme um 0,3 Prozentpunkte. Ursächlich dafür ist vor allem, dass die Steuerlastquote um einen vollen Prozentpunkt zugenommen hat, während nur ein Plus von 0,2 Prozentpunkten erwartet worden war. Demgegenüber ging die tatsächliche Zunahme der Soziallastquote „nur“ um 0,2 Prozentpunkte über die Prognose hinaus.

Prognose für 2012 – Steuerzahlergedenktag 2012

Auf Grundlage der derzeit verfügbaren Prognosen² wird die Volkswirtschaftliche Einkommensbelastungsquote 2012 voraussichtlich auf 51,7% weiter steigen. Trotz des Schaltjahres mit 366 Tagen wandert der Steuerzahlergedenktag daher auf den 8. Juli „nach hinten“, womit die Steuerzahler 2012 also um gut zwei Tage länger für den Staat arbeiten als im Vorjahr und sogar fast 10 Tage länger als 2006. Maßgeblich dafür ist ein voraussichtlicher Anstieg der Steuerlastquote um 0,5 Prozentpunkte und der Soziallastquote um 0,1 Prozentpunkte. Der Trend des Vorjahres mit insbesondere weiter steigender Steuerlast setzt sich also auch in diesem Jahr fort.

Hauptursache für die sich zusätzlich verschärfende Steuerbelastung 2011 und auch 2012 sind die Heimlichen Steuererhöhungen bei Lohn- und Einkommensteuer. Sie führen dazu, dass die Steuerlast wegen der Progression fast doppelt so schnell steigt wie Löhne und Einkommen. In der Summe belaufen sich die Heimlichen Steuererhöhungen 2012 auf fast 8 Mrd. Euro. Daneben tragen vor allem auch die Grunderwerbsteuer (wegen deutlicher Steuersatzerhöhungen in einigen Bundesländern) und die Körperschaftsteuer (wegen der verbesserten Ertragslage vieler Unternehmen) überproportional zum derzeitigen Anstieg von Steueraufkommen und Steuerbelastung bei.

¹ Siehe dazu Tabelle 1.

² Grundlagen für die vorliegenden Prognoserechnungen sind das Schätzergebnis des *Arbeitskreises Steuerschätzungen* vom 8. bis 10. Mai 2012 sowie die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute vom 17.4.2012 (Frühjahrgutachten).

Zum internationalen Vergleich

Vor dem Hintergrund der „Euro-Rettungsversuche“, die gerade Deutschland übermäßig zu belasten drohen, ist interessant, wie deutsche Steuerzahler im internationalen Vergleich mit staatlichen Zwangsabgaben belastet werden. Wichtige Anhaltspunkte für einen solchen Belastungsvergleich privater Haushalte liefert die jährliche Erhebung der OECD zur Belastung von acht Haushaltstypen in den inzwischen 34 OECD-Ländern. Die OECD betrachtet in diesem Vergleich allerdings nur die Belastung mit direkten Einkommensabzügen. Danach hatte der deutsche Single-Haushalt mit Durchschnittslohn 2011 die zweithöchste Belastung (49,8%) mit direkten Einkommensabzügen zu tragen³. Nur in Belgien war die Belastung noch höher. In absoluten Beträgen war die Belastung des deutschen Singles mehr als doppelt so hoch wie

im OECD-Mittel, die prozentuale Belastung immerhin um über zwei Fünftel höher. Aber auch bei Einbeziehung der Umsatzsteuer – der mit Abstand wichtigsten Steuer auf die Einkommensverwendung – ändert sich das Bild nur unwesentlich⁴. Mit einem staatlichen Zugriff von 53,6% auf die Bruttoarbeitskosten (dem dritthöchsten Wert unter den 34 OECD-Ländern) war die Gesamtbelastung des deutschen Durchschnittsverdieners um über ein Drittel höher als im OECD-Mittel⁵. Auch bei den übrigen Haushaltstypen rangiert die Belastung deutscher Haushalte weit über dem, was in den meisten OECD-Ländern bei vergleichbaren Haushalten üblich ist.

Hinsichtlich der deutschen Möglichkeiten zur Bewältigung der europäischen Schuldenkrise ist aber nicht nur zu berücksichtigen, dass die Steuer- und Abgabenbelastung hierzulande wesentlich stärker angespannt ist als international üblich. Es muss auch gesehen werden, dass der deutsche Fiskus trotz dieses weit überdurchschnittlichen Belastungsniveaus nicht mit seinen Einnahmen auskommt. Vielmehr nimmt er seit Jahrzehnten Jahr für Jahr zusätzliche Schulden auf, um seine Ausgaben zu finanzieren. Wenn aber die Zahlungen der deutschen Steuerzahler bei extremer Anspannung der Belastungsschrauben nicht einmal ausreichen, um die deutschen Staatsausgaben zu finanzieren, wie sollen die deutschen Steuerzahler dann noch zur Rettung anderer Staaten beitragen?! In den meisten Euro-Krisenstaaten ist bis zum deutschen Belastungsniveau „viel Luft“. Dies gilt nicht nur für die gesetzlichen Regelungen zur Steuer- und Abgabenbelastung sondern auch für deren Vollzug. Wo die Finanzverwaltung unzureichend funktioniert, werden die gesetzlich vorgesehenen Steuern und Abgaben zudem nämlich zu einem weit geringeren Teil eingetrieben, als in Ländern mit effizienter Finanzverwaltung⁶.

³ Siehe dazu Anlage 1.

⁴ Das Institut hat eine Methode entwickelt, mit der auch die Umsatzsteuerbelastung in den internationalen Belastungsvergleich einbezogen werden kann. Siehe dazu ausführlich *Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler*, Steuer- und Abgabenbelastung im internationalen Vergleich, Sonderinformation 51, Mai 2007, Anlage 4.

⁵ Siehe dazu Anlage 2.

⁶ Vor allem in Südeuropa gelten Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit als besonders verbreitet. Siehe dazu *D. H. Enste*, Warum die Schwarzarbeit in Südeuropa floriert, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27.2.2012; *C. Ramthun*, 160 Finanzbeamte für Athen, in: *Wirtschaftswoche* vom 25.2.2012; *Spiegel online* (vom 19.1.2012), Steuerhinterziehung – Italiener betrügen Staat um 120 Milliarden Euro im Jahr.

Tabelle 1

Volkswirtschaftliche Einkommensbelastung

	Steuerlastquote	Soziallastquote	Einkommensbelastungsquote****
1960*	28,2%	12,1%	40,3%
1970**	29,7%	14,1%	43,8%
1971	30,4%	14,8%	45,2%
1972	30,3%	15,4%	45,7%
1973	31,6%	16,3%	48,0%
1974	31,3%	16,8%	48,1%
1975	30,0%	17,6%	47,7%
1976	31,1%	18,2%	49,3%
1977	32,5%	18,4%	50,9%
1978	32,0%	18,5%	50,4%
1979	31,8%	18,5%	50,3%
1980	31,8%	18,7%	50,5%
1981	30,8%	19,2%	50,0%
1982	30,5%	19,4%	49,9%
1983	30,5%	19,3%	49,8%
1984	30,6%	19,4%	49,9%
1985	30,6%	19,6%	50,2%
1986	30,0%	19,7%	49,6%
1987	30,3%	20,0%	50,2%
1988	29,8%	19,7%	49,4%
1989	30,4%	19,2%	49,6%
1990	28,9%	19,0%	47,9%
1991	30,3%	19,5%	49,8%
1991***	29,0%	19,7%	48,7%
1992	29,7%	20,3%	49,9%
1993	30,1%	20,9%	51,0%
1994	30,3%	21,6%	51,8%
1995	29,8%	21,9%	51,6%
1996	29,5%	22,4%	51,8%
1997	29,2%	22,7%	51,9%
1998	30,0%	22,7%	52,7%
1999	31,8%	22,7%	54,5%
2000	32,2%	22,5%	54,7%
2001	30,0%	22,3%	52,3%
2002	29,5%	22,2%	51,7%
2003	29,5%	22,3%	51,8%
2004	28,1%	21,3%	49,4%
2005	28,4%	20,9%	49,3%
2006	29,0%	20,1%	49,1%
2007	30,4%	19,6%	50,0%
2008	30,9%	19,9%	50,9%
2009	30,8%	20,8%	51,6%
2010	29,5%	20,3%	49,8%
2011	30,5%	20,6%	51,1%
2012	31,0%	20,7%	51,7%

* Werte 1960 Schätzung wegen fehlender Revision VGR

** 1970-1991 Wert gemäß Revision VGR 2006; ab 1991 gemäß Revision 2011

*** ab dem zweiten Jahreswert 1991: Deutschland insgesamt (mit Beitrittsgebiet)

**** Differenzen durch Runden

Fazit und Schlussfolgerungen

Angesichts des skizzierten Befundes erscheinen zusätzliche Belastungsverschärfungen für die deutschen Steuerzahler unvermeidbar. Vorrangig ist daher vor allem die Verhinderung heimlicher Steuererhöhungen. Dazu sind die Eckwerte des Lohn- und Einkommensteuertarifs vom Grundfreibetrag bis zur Einkommensgrenze des Spitzensteuersatzes regelmäßig an die Einkommensentwicklung anzupassen, der Tarif ist also „auf Räder“ zu stellen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung „zum Abbau der kalten Progression“⁷ reicht zwar nicht aus, ist aber zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Die bisherige Verhinderung dieser gesetzlichen Neuregelung durch den Bundesrat ist eine Brückierung der Steuerzahler und führt bei fortdauernder Blockade dazu, dass vor allem Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen durch heimliche Steuererhöhungen schnell weitere Belastungsverschärfungen hinnehmen müssen. Sie sind wegen des progressiven Tarifverlaufs nämlich in besonderem Maße von diesen ungerechtfertigten Zusatzbelastungen betroffen⁸.

Herausgeber:

Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler e.V.

Französische Straße 9-12, 10117 Berlin

Tel: 030 / 25 93 96 32, Fax: -13

E-Mail: kbi@steuerzahler.de, Web: www.karl-braeuer-institut.de

⁷ Bundestags-Drucksache 17/8683

⁸ Siehe dazu bereits *Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler*, Die Mitte verliert – Nach Tarifkorrektur 2010 erhöhter Nachholbedarf bei Entlastung mittlerer Einkommen, Sonderinformation 57, März 2009; *dasselbe*, Zum geplanten Abbau der kalten Progression, KBI kompakt Nr. 2, Dezember 2011.

Anlage 1

Arbeitskosten, Nettolöhne und Abgabenkeil 2011 für ledige Durchschnittsverdiener
- in USD nach Kaufkraftparitäten -

	Arbeitskosten	Nettolohn	Abgabenkeil*	
	in USD	in USD	in USD	in %
Belgien	64169	28555	35614	55,5
Deutschland	65788	33026	32762	49,8
Frankreich	58862	29784	29078	49,4
Ungarn	25960	13136	12824	49,4
Österreich	59671	30790	28881	48,4
Italien	48025	25165	22860	47,6
Schweden	55351	31661	23690	42,8
Finnland	53652	30743	22909	42,7
Slowenien	32018	18378	13640	42,6
Tschechien	27963	16079	11884	42,5
Estland	25051	15006	10045	40,1
Spanien	46151	27737	18414	39,9
Portugal	34446	21012	13434	39,0
Slovakei	23460	14334	9126	38,9
Dänemark	48994	30033	18961	38,7
Griechenland	28579	17719	10860	38,0
Niederlande	60765	37796	22969	37,8
Türkei	25323	15776	9547	37,7
Norwegen	57278	35799	21479	37,5
Luxemburg	60063	38440	21623	36,0
Polen	23607	15510	8097	34,3
Island	44011	29047	14964	34,0
Großbritannien	57711	38955	18756	32,5
Japan	51089	35354	15735	30,8
Kanada	41939	29022	12917	30,8
USA	51255	36135	15120	29,5
Irland	43442	31800	11642	26,8
Australien	47530	34839	12691	26,7
Schweiz	54919	43386	11533	21,0
Korea	48370	38551	9819	20,3
Israel	33594	26942	6652	19,8
Mexico	12337	10338	1999	16,2
Neuseeland	32426	27270	5156	15,9
Chile	14530	13513	1017	7,0
Durchschnitt	42892	27107	15785	35,3

* Abgabenkeil: Lohnsteuer sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung

Quelle: Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD),
Taxing Wages 2010-2011 (2012); eigene Berechnungen

Anlage 2

**Belastung mit direkten Lohnabzügen und Umsatzsteuer (Normalsatz)
für ledige Durchschnittsverdiener 2011
in % der Bruttoarbeitskosten**

	direkte Abzüge in %	Umsatzsteuer in %	insgesamt in %
Belgien	55,5	3,6	59,1
Ungarn	49,4	4,8	54,2
Deutschland	49,8	3,8	53,6
Frankreich	49,4	3,9	53,3
Österreich	48,4	4,0	52,4
Italien	47,6	4,1	51,7
Schweden	42,8	5,4	48,2
Finnland	42,7	5,0	47,7
Slowenien	42,6	4,5	47,1
Tschechien	42,5	4,5	47,0
Estland	40,1	4,7	44,8
Dänemark	38,7	5,8	44,5
Portugal	39,0	5,4	44,4
Spanien	39,9	4,3	44,2
Slovakei	38,9	4,8	43,7
Griechenland	38,0	5,4	43,4
Norwegen	37,5	5,9	43,4
Niederlande	37,8	4,7	42,5
Türkei	37,7	4,5	42,2
Island	34,0	6,1	40,1
Polen	34,3	5,8	40,1
Luxemburg	36,0	3,9	39,9
Großbritannien	32,5	5,3	37,8
Kanada	30,8	3,7	34,5
Irland	26,8	6,0	32,8
USA	29,5	3,2	32,7
Japan	30,8	1,5	32,3
Australien	26,7	3,1	29,8
Israel	19,8	5,2	25,0
Schweiz	21,0	2,8	23,8
Korea	20,3	3,4	23,7
Mexico	16,2	5,4	21,6
Neuseeland	15,9	4,4	20,3
Chile	7,0	7,0	14,0
Durchschnitt	35,3	4,6	39,9

Quelle: Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD),
Taxing Wages 2010-2011 (2012); eigene Berechnungen